

<b>NDR Info Podcast</b>	<b>26.02.2022 / 19.35-20.00 Uhr</b>
<b>STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN</b>	<b>27.02.2022 / 12.35-13.00 Uhr</b>
Andreas Flocken/Julia Weigelt	E-Mail: <a href="mailto:streitkraefte@ndr.de">streitkraefte@ndr.de</a>
	www.ndr.de/streitkraefte

**Themen:**

- AKTUELL  
Krisenmanagement gescheitert? Russischer Angriff auf Ukraine
- SCHWERPUNKT  
Fehlstart von Verteidigungsministerin Lambrecht? Bundeswehr ohne Kompass
- SICHERHEITSPOLITISCHE NOTIZEN
  - Zurück aus dem Indopazifik – was hat die Reise der Fregatte Bayern gebracht?
  - Abzug der Franzosen aus Mali – Bundeswehr unter Zugzwang

## Abschrift Aktuell

Zur Verfügung gestellt vom NDR  
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Weigelt:

Zunächst also zum Russland-Ukraine-Konflikt. Die Reisediplomatie und die vielen Gespräche mit Putin - das war letztlich alles vergebens, wie wir jetzt sehen. Denn anders als angekündigt hat Russland doch nicht seine Truppen an der Grenze zur Ukraine abgezogen. Im Gegenteil. Die Verbände wurden weiter verstärkt. Und jetzt hat Putin seine Truppen auch in Marsch gesetzt. Sie haben die Ukraine angegriffen. Zuvor hatte Moskau die selbsternannten Volksrepubliken Luhansk und Donezk offiziell als eigene Staaten anerkannt. Dabei liegen diese Regionen in ukrainischem Staatsgebiet. Ein eklatanter Verstoß gegen das Völkerrecht.

Andreas, die EU hat unmittelbar danach die vorbereiteten Sanktionen verhängt, aber den militärischen Angriff konnten diese Maßnahmen dann doch nicht stoppen...

Flocken:

In der Tat, der Angriff konnte nicht verhindert. Und das zeigt nur, dass Putin offenbar fest entschlossen war, gegen die Ukraine militärisch vorzugehen. Die Sanktionen waren offenbar einkalkuliert. Das war jetzt abläuft, sieht alles nach einem Drehbuchaus. Der Auftritt am Montag, in dem Putin der Ukraine jede Staatlichkeit abgesprochen hat, Putin hat dann auch das Abkommen von Minsk für tot erklärt. Die Vereinbarung war eigentlich dafür gedacht, zu helfen, den Konflikt zwischen Kiew und den prorussischen Separatisten zu regeln und zu befrieden. Auch das sogenannte Normandie-Format hat damit jetzt offenbar keine Zukunft mehr. Normandie-Format - gemeint sind damit Gespräche zwischen der Ukraine, Russland sowie Frankreich und Deutschland. Dieses Format sollte vor allem bei der Umsetzung des Abkommens von Minsk helfen. Es wird wohl jetzt eine ganze Reihe von Krisensitzungen bei der NATO und bei der EU geben. Aber die diplomatische Lösung - die hat jetzt keine Chance mehr. Auch das bereits vereinbarte Außenministertreffen von Lawrow und Blinken war bereits Anfang dieser Woche abgesagt worden. Die Erwartung war, die beiden Minister würden einen Gipfel von Putin und Biden vorbereiten. Dabei keimte in der vergangenen Woche noch die Hoffnung auf, die Krise lasse sich dann doch noch politisch lösen, gerade nach dem Moskaubesuch von Bundeskanzler Olaf Scholz. Nun ist aber dann doch alles ganz anders gekommen.

Weigelt:

Nun hätte man denken können, mit der Anerkennung der beiden sogenannten Volksrepubliken Luhansk und Donezk könnte die Krise zu Ende sein - und Russland würde sich dann nur auf den Donbass konzentrieren. Aber auch das ist möglicherweise einen Trugschluss.

Flocken:

Ja, aber dagegen sprechen auch Berichte, dass die russischen Truppen auch vom Norden in die Ukraine eingedrungen sind - also von Belarus aus. Außerdem ist zu hören, dass Truppen von der Krim aus nach Norden in Marsch gesetzt worden seien. Und einen Tag vor dem Angriff habe ich mit dem Russlandkenner Alexander Graef vom Hamburger Institut für Friedensforschung und

Sicherheitspolitik gesprochen. Und für ihn war schon da klar, dass die Anerkennung der Volksrepubliken Luhansk und Donezk nur ein erster Schritt einer geplanten militärischen Eskalation sein würde. Denn:

O-Ton Graef:

„Man muss sagen: direkt gewinnt Russland dadurch nichts. Es gewinnt zunächst einmal weitere Sanktionen. Deshalb muss man vermuten, dass die Ziele eigentlich weitergehend sind. Und einige von denen sind ja auch schon von Putin genannt worden. Die Fronten zwischen dem Westen in Russland scheinen verhärtet und man muss eigentlich davon ausgehen, dass Russland versuchen wird, im gesamten Gebiete Luhansk und Donezk militärisch und politisch unter seine Kontrolle zu bringen.“

Flocken:

Und damit nicht genug. Russland versucht mit seinen Truppen offenbar nicht nur den Donbass unter Kontrolle zu bringen, möglicherweise will Moskau auch noch viel mehr. Denkbar wäre auch eine Landbrücke zur Krim entlang des Asowsches Meers. Ich denke, das wäre dann schon viel mehr als eine begrenzte Militäroperation, die sich vor allem auf den Donbass, also den östlichen Teil der Ukraine, konzentriert. Danach sieht es zurzeit eher nicht aus.

Weigelt:

Putins zentrales Ziel sind schriftliche Sicherheitsgarantien von den USA und von der NATO. Da fragt man sich schon, wie er diesen Zielen näherkommt, wenn er die beiden selbsternannten Volksrepubliken offiziell anerkennt. Diesem strategischen Ziel kommt er so eigentlich nicht näher, oder?

Flocken:

Ob er diese Maximalforderungen durch den Rückgriff auf militärische Instrumente überhaupt umsetzen kann - das bleibt in der Tat offen. Letztlich will der Kreml eine von ihm kontrollierte Einflusszone schaffen, so wie im Kalten Krieg. Er will ein strategisches Vorfeld haben und weil es hierfür offenbar keinen Vertrag gibt mit der NATO oder mit den USA - das war ja sein Ziel - will Putin nun offenbar Fakten schaffen. Moskau möchte verhindern, dass die Ukraine in das westliche Lager abdriftet, denn eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine wird von Putin als Bedrohung der russischen Sicherheit gesehen.

Weigelt:

Aber die NATO sieht sich ja als Defensivbündnis, und sie betont auch immer wieder, dass sie keine Bedrohung für Russland sei. So eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine wurde der Ukraine zwar versprochen, aber sie steht nicht auf der Tagesordnung...

Flocken:

Ja, das ist alles richtig, Julia, was du da sagst. Und so ist es ja auch. Aber die NATO kann noch so oft beteuern, dass eine Mitgliedschaft der Ukraine zurzeit nicht auf der Tagesordnung steht und dass von der NATO keine Gefahr ausgeht, weil sie ein Defensivbündnis sei. Entscheidend ist aber die Wahrnehmung Moskaus - und die hat zu dieser gegenwärtigen Eskalation geführt. Und in seiner Ansprache, unmittelbar vor dem Angriff, hat Putin diese Denke noch einmal deutlich gemacht. Putin hat die NATO-Osterweiterung als eine fundamentale Bedrohung für Russland bezeichnet. Die militärische Infrastruktur der NATO habe sich Jahr für Jahr der russischen Grenze genähert - und das, trotz russischer Proteste. Moskau habe beharrlich und geduldig versucht, mit der NATO eine Einigung zu erzielen - aber alle diese Bemühungen seien letztlich erfolglos gewesen. Das ist hat Putin, und jetzt hat Putin offenbar die Konsequenzen gezogen. Und diese Konsequenz ist der völkerrechtswidrige Angriff auf die Ukraine.

Weigelt:

Die Ukraine ist kein NATO-Mitglied. Aber was passiert, wenn die NATO jetzt trotzdem die Ukraine militärisch unterstützen würde?

Flocken:

Die Ukraine ist in der Tat kein NATO-Mitglied und damit gilt für die Ukraine auch keine Beistandspflicht nach Artikel 5 des NATO-Vertrages. Die NATO will aber keine direkte Konfrontation mit Russland - denn das könnte zur Katastrophe führen. Russland ist auch eine Nuklearmacht und Putin hat daher auch andere Länder in seiner Ansprache bereits gewarnt. Ein direkter Angriff auf Russland würde zu einer Niederlage und schlimmen Konsequenzen für jeden potenziellen Angreifer führen. Und er sprach davon, dass in den an Russland

angrenzenden Gebieten ein feindlich gesinntes Anti-Russland geschaffen werden. Und das alles will Putin nicht zulassen, deswegen jetzt offenbar dieser Angriff.

Weigelt:

Russland hat die Ukraine angegriffen. Kann denn dieser Konflikt jetzt noch weiter militärisch eskalieren? Wie schätzt du das ein?

Flocken:

Wir wissen nicht, wie es weitergeht. Wir wissen nicht, was Putin genau vorhat. Aber er hat schon vor einigen Tagen der Ukraine jede Staatlichkeit abgesprochen. Möglicherweise will er die Ukraine aufteilen, ob das ginge, wissen wir nicht. Für den Russland-Experten Alexander Graef ist möglicherweise auch ein Regimewechsel in Kiew ein Ziel von Putin:

O-Ton Graef:

„Er spricht ja auch selten über Präsident Selenskyj, sondern häufig von Kräften die momentan die Regierung stellen oder von Kräften, die die Macht seit 2014 an sich gerissen haben. Das zeigt schon, dass er die jetzige ukrainische Regierung für illegitim hält. Insofern ist das sicherlich ein langfristiges Ziel.“

Flocken:

Aber wie gesagt, ob das wirklich angestrebt wird, das wissen wir nicht.

Weigelt:

Jetzt hat diese immer wieder beschworene Diplomatie die Eskalation nicht verhindern können. Gibt es denn überhaupt eine Aussicht auf eine politische Lösung des Konflikts?

Flocken:

Im Augenblick ist keine politische Lösung in Sicht. Jetzt sprechen die Waffen. Die politischen Fronten sind momentan mit Blick auf die von Moskau geforderten schriftlichen Sicherheitsgarantien verhärtet. Beide Seiten beharren auf ihren Positionen. Die NATO sagt, jedes Land kann einen Antrag auf NATO-Mitgliedschaft stellen und auch ein Rückzug der NATO-Truppen komme in

Osteuropa nicht in Frage. Aber auch wenn die Krise weiter militärisch eskaliert: die Konfliktparteien werden nicht umhinkommen, irgendwann miteinander zu reden - früher oder später. Und der frühere Vorsitzende des NATO - Militärausschusses, Harald Kujat, sieht dabei durchaus die Chance auf eine Art von Kompromiss. Jedenfalls hat er das kurz vor dem Angriff der Russen auf die Ukraine gesagt:

O-Ton Kujat:

„Es gibt natürlich einen Mittelweg, und der Mittelweg besteht darin, dass man einfach feststellt, wie die Tatsachen sind. Und die Tatsache ist, dass die Ukraine gar nicht Mitglied der NATO werden kann, weil sie die Voraussetzung des Artikels 10 des NATO-Vertrages nicht erfüllt. Also könnte man doch - ich denke, man muss auch ehrlich mit der Ukraine umgehen - man könnte doch erklären, dass wir nicht die Absicht haben, die Ukraine als Mitglied der NATO einzuladen. Ob das reichen würde, kann ich Ihnen natürlich auch nicht sagen. Aber das wäre doch ein Weg.“

Flocken:

Artikel 10, der eben erwähnt worden ist, sieht vor, dass jedes neue Mitglied zur Sicherheit des Bündnisses beitragen muss. Aber da wären natürlich noch andere Fragen offen - nämlich, ob die NATO-Truppen die mittelosteuropäischen Staaten verlassen sollen. Das ist schwer vorstellbar, auch wenn Putin das fordert.

Weigelt:

Kommen wir jetzt noch mal zu den möglichen Reaktionen der NATO. Es gibt die NATO-Russland-Grundakte von 1997, die beschränkt die Aktivitäten der NATO in ihren östlichen Mitgliedsländern. Könnte die noch mal diskutiert werden?

Flocken:

Polen und andere östliche Mitgliedsländer sehen diese Vereinbarung sehr kritisch, denn sie fühlen sich dadurch quasi als Mitglieder zweiter Klasse. Es könnte daher sein, dass sich die NATO-Staaten von dieser NATO-Russland-Grundakte von 1997 verabschieden. Dieses Dokument verpflichtet nämlich das Bündnis, in den mittelosteuropäischen Mitgliedsländern Truppen nicht dauerhaft zu stationieren - sie müssen daher immer wieder rotieren. Das heißt, sie

müssen wieder abgelöst werden. Die Stationierung darf eine bestimmte Obergrenze nicht überschreiten. Die Grenze liegt bei circa 5.000 Soldaten. „Substantial troops“ dürfen nicht dauerhaft stationiert werden, so heißt es wörtlich in dem Vertrag. Was genau „substantial troops“ sind, darüber streiten sich die Geister. Aber man redet von ungefähr 5.000 Soldaten. Außerdem dürfen keine US-Atomwaffen in diesen Gebieten stationiert werden. Vor allem aus Osteuropa gibt es daher laute Stimmen, die fordern, die NATO-Russland-Grundakte zu kündigen. Das wäre eine Option. Aber dann würde das Wettrüsten erst so richtig losgehen.

Weigelt:

Die russische Forderung nach Sicherheitsgarantien und die jetzt erfolgte militärische Eskalation der Krise in der Ukraine kommt auf den ersten Blick schon überraschend. Bei genauerem Hinsehen hat sich der Konflikt aber schon seit langem abgezeichnet...

Flocken:

Ja, das kann man durchaus so sehen, obwohl das brutale Vorgehen Russlands nicht vorhersehbar gewesen ist. So würde ich das zumindest sehen. Russland und insbesondere Putin hat seit Jahren beklagt, dass Moskaus Sicherheitsinteressen nicht berücksichtigt werden. Da geht es unter anderem um die Kündigung des sogenannten ABM-Vertrages durch die USA 2001. Dadurch konnten die USA Raketenabwehrsysteme aufbauen, die wiederum aus Moskauer Sicht das nukleare Vergeltungspotenzial der Russen neutralisieren können. Das würde dann aber ein Ende des nuklearen Gleichgewichts bedeuten. Weiter wurden Moskaus Abrüstungsinitiativen für den Weltraum ignoriert. Es gibt noch diverse andere Beispiele, die ich hier nicht alle weiter erwähnen möchte. Kurz: Putin fühlte sich vom Westen mit seinen Forderungen nicht ernst genommen. Erinnert sei auch an die Putin-Ansprache im Bundestag 2001 und dann insbesondere an seine Wutrede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007. Die habe ich damals im Bayerischen Hof selbst live miterlebt. Im Zusammenhang mit der NATO-Osterweiterung forderte Putin bereits damals Sicherheitsgarantien und er verwies auf Zusagen nach Auflösung des Warschauer Pakts und zitierte dann auch den früheren NATO-Generalsekretär Manfred Wörner. Putin

sprach in München russisch und er redete sich ziemlich in Rage, so dass der Simultandolmetscher Probleme hatte, dem erregten Putin zu folgen:

O-Ton Putin (voiceover)

„Und was ist aus den Zusicherungen geworden, die uns unsere westlichen Partner nach der Auflösung des Warschauer Vertrages gegeben haben? Wo sind diese Zusicherungen jetzt? Keiner erinnert sich daran. Aber ich darf Sie daran erinnern, was damals gesagt wurde. Ich möchte ein Zitat aus der Ansprache des damaligen NATO-Generalsekretärs Manfred Wörner anführen vom 17. Mai 1990. Er hat damals gesagt: allein die Tatsache, dass wir bereit sind, NATO-Truppen nicht östlich der Bundesrepublik Deutschland zu stationieren, ist an sich eine feste Sicherheitsgarantie für die Sowjetunion. Wo sind diese Garantien jetzt?“

Flocken:

Und zur Erinnerung: in unserer Podcast-Folge 26, Anfang des Jahres, war auch der frühere Außenminister Genscher im Originalton zu hören. Genscher stellte nach einem Treffen mit seinem US-Kollegen Baker im Februar 1990 fest - ich zitiere:

„Wir waren uns einig, dass nicht die Absicht besteht, das NATO-Verteidigungsgebiet auszudehnen nach Osten. Das gilt übrigens nicht nur in Bezug auf die DDR, sondern das gilt ganz generell“.

Aber schriftlich wurde in dem Zwei-plus-Vier-Vertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR sowie den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges nichts vereinbart. Ohne Zweifel - rückblickend war das damals aus russischer Sicht ein schweres Versäumnis der sowjetischen Vertragspartner. Und angesichts des Krieges jetzt in der Ukraine kann man sich durchaus die Frage stellen - so finde ich jedenfalls -, ob man die russischen Sicherheitsbedürfnisse nicht doch hätte ernster nehmen müssen.

Gerade die Osterweiterung war besonders strittig - denn diese Osterweiterung kritisiert Putin einmal mehr auch in seiner Ansprache unmittelbar vor Angriff auf die Ukraine. Es habe das Versprechen an Russland gegeben, die NATO nicht einen Zoll nach Osten zu erweitern. Und Putin fährt dann fort: „Sie haben uns getäuscht. Oder um es im Volksmund zu sagen: Sie haben uns einfach abserviert.“ Und gemeint ist damit die NATO.

*unkorrigierte, maschinelle Abschrift*

Aber wie gesagt, ein schriftliches Versprechen gibt es nicht.

Vor diesem Hintergrund ist es im Augenblick schwer zu sehen, wie beide Seiten wieder einen Dialog aufnehmen können.

Weigelt:

Über diesen Konflikt werden wir sicherlich noch in den nächsten Podcast-Folgen weitersprechen müssen. Das gesamte Interview mit Alexander Graef finden Sie und ihr auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter [nrd.de/streitkraefte](http://nrd.de/streitkraefte).